



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

526 (13.11.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-188409](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-188409)

Mannheimer General-Anzeiger

Babische Neuere Nachrichten

Abendausgabe: Die heutige Nummer 60 Bl. 2. Preis 20 Pf. (Post- und Abgabekosten mit 2 Pf. 10 Pf. für den Abnehmer). Die morgige Nummer 61 Bl. 2. Preis 20 Pf. (Post- und Abgabekosten mit 2 Pf. 10 Pf. für den Abnehmer). Die morgige Nummer 62 Bl. 2. Preis 20 Pf. (Post- und Abgabekosten mit 2 Pf. 10 Pf. für den Abnehmer). Die morgige Nummer 63 Bl. 2. Preis 20 Pf. (Post- und Abgabekosten mit 2 Pf. 10 Pf. für den Abnehmer). Die morgige Nummer 64 Bl. 2. Preis 20 Pf. (Post- und Abgabekosten mit 2 Pf. 10 Pf. für den Abnehmer). Die morgige Nummer 65 Bl. 2. Preis 20 Pf. (Post- und Abgabekosten mit 2 Pf. 10 Pf. für den Abnehmer). Die morgige Nummer 66 Bl. 2. Preis 20 Pf. (Post- und Abgabekosten mit 2 Pf. 10 Pf. für den Abnehmer). Die morgige Nummer 67 Bl. 2. Preis 20 Pf. (Post- und Abgabekosten mit 2 Pf. 10 Pf. für den Abnehmer). Die morgige Nummer 68 Bl. 2. Preis 20 Pf. (Post- und Abgabekosten mit 2 Pf. 10 Pf. für den Abnehmer). Die morgige Nummer 69 Bl. 2. Preis 20 Pf. (Post- und Abgabekosten mit 2 Pf. 10 Pf. für den Abnehmer). Die morgige Nummer 70 Bl. 2. Preis 20 Pf. (Post- und Abgabekosten mit 2 Pf. 10 Pf. für den Abnehmer).

Der belgisch-holländische Zwischenfall.

Brüssel, 13. Nov. (WB.) „La dernière heure“ meldet, die belgische Regierung habe den Bericht über die angestellte Untersuchung über den Zwischenfall von Brestens, aus dem hervorgeht, daß der gemeldete Vorfall wirklich den belgischen Regierungen entspricht. Die belgische Regierung wird an die holländische Regierung eine Note richten, worin um Aufklärung und gegebenenfalls Genugtuung verlangt wird. Das Blatt fügt noch hinzu, daß die holländische Regierung bereits eine Untersuchung anordnet und daß man annehme, daß sie angesichts der Tragweite der Tatsache die nötige Entschuldigungs- und Genugtuung leisten werde.

Amsterdam, 14. Nov. (WB.) „Liber Belgique“ meldet aus dem Haag, daß der holländische Minister des Auswärtigen, die holländische Regierung werde der belgischen Regierung für den Zwischenfall von Brestens volle Genugtuung leisten.

Französische Nachrichten in Belgien und Holland.

Der Zwischenfall wird also vermutlich sehr bald seine Erklärung finden. Aber er beweist immerhin, daß zwischen Holland und Belgien eine nicht unbeträchtliche Spannung besteht, hervorgerufen durch die annerkennungspolitischen Pläne der letzteren. Diese Spannung wird den Franzosen sehr peinlich sein, da sie sich gerade gegenwärtig sehr eifrig um ein belgisch-holländisch-französisches Bündnis gegen Deutschland bemühen. In Holland allerdings bereitet man wenig Interesse für diesen Plan. Die Antwerpen-Blätter „Le Courrier“ brachte schon Ende Oktober einen bemerkenswerten Bericht über diese französischen Nachrichten und die kritische Aufnahme, die sie in Holland gefunden haben. Wir entnehmen ihm die folgenden Angaben, die auch außerordentlich lehrreich für Wesen und Erkenntnis der belgischen Frage als internationales Problem sind:

Der belgische Ministerrat hat sich einmütig mit dem Vorschlag auseinandergesetzt, welchen die Minister Des und Segers aus Paris mitgebracht haben, daß Belgien mit den Niederlanden und Frankreich ein Defensivbündnis gegen Deutschland schließen solle, beschließt. Im Ministerrat nahm man diese Vorschläge mit größter Aufmerksamkeit an, aber die Minister Delcroix und Hymans sind dafür gewonnen, und so wird man wohl unter dem Druck von Paris keine Zustimmung erteilen. England und Amerika sind damit einverstanden. In Holland kann man ein solches Bündnis nur mit Freuden begrüßen, weil man in engster Verbindung mit Holland zu leben wünscht. Frankreich würde sich dem mit der Kontrolle der Eisenbahnen in Luxemburg zu befassen. Auch die niederländischen Delegierten wurden von dem belgischen Vorschlag informiert und sind mit dankbaren Worten nach dem Haag abgereist. In Holland ist die Stimmung schiedsamt, weil man dort mit allen Nachbarn auf gleichem Fuß stehen möchte. Man will Deutschland nicht den Kopf stoßen, weil Holland, als Ausgangspunkt des belgischen Widerstandes, das größte Interesse an dem Wiederstand der deutschen Industrie hat. Ganz anders wird es ausfallen, wenn Frankreich im Haag einen gleichartigen Vorschlag wie in Brüssel. Ferner müssen die Niederlande an den belgischen Vorschlag denken. Holland kann sich England im fernsten Sinne nicht zum Feinde machen und Amerika ist seine beste Stütze. Von Japan kann Holland doch nicht mehr verlangen, weil es den aufrechten Geist in Niederländisch-Indien nicht mehr hat. Aus eigenem Interesse oder aus Sympathie für Holland niemals einem Bündnis gegen Deutschland beizutreten und Begeisterung für Frankreich ist nicht zu erwarten.

Man sieht, mit welcher Entschiedenheit die Alliierten zu dem „nationalen“ Kreise beizutreten haben, die eine Lösung der belgischen Frage in deutscher Sprache befürworteten, unter der Voraussetzung natürlich ihrer Durchführbarkeit. Aber es wurde so nicht nur diese bestritten, sondern uns erklärt, daß die belgische Frage wirtschaftlich, politisch und militärisch für uns von größter Bedeutung sei. Die Alliierten behaupten, daß die belgische Frage nicht nur die belgische, sondern die belgische Frage ist, in die auch Holland durch Drohungen hineingezogen werden soll, sind natürlich nichts weiter als eine Propaganda des belgischen und holländischen, um die belgischen Interessen gegen Deutschland einsehen zu können. Die belgischen sind nach ein wenig, aber sie werden müssen. Und es ist eine eigenartige wehe Traurigkeit, daß die belgischen Interessen des Planes gehören, weil sie im Bündnis mit den belgischen Interessen gegen Holland ihren Vorkurs gegen die belgischen Interessen zu können hoffen. Wie oft ist im Kriege die belgische Frage und der Reichstaatsmedien gefordert worden, welche Gefahr ein „unabhängiges“ Belgien für Deutschland bedeuten würde. Jetzt rückt sie heran. Das belgische Problem war also von nationaler Seite durchaus erkannt und behandelt worden — aber gerade das, was wir bestritten — lächerliche Ueberschätzung, die es! Nun sehen wir, was es mit der Ueberschätzung Belgiens auf sich hat.

Die Zustände in Kurland.

Nach Mitau wird uns unter dem Datum des 2. Nov. geschrieben: In Mitau herrscht trotz der Nähe der Front ein lebhaftes geschäftliches Leben. Handel und Wandel sind wieder aufgeleben. Seit Ende Oktober erscheint hier eine neue russische Zeitung „Sapozhnik“ (Das Westliche), die den Interessen der russischen Soldaten und der Bevölkerung im Befehlsbereich der Westarmee gewidmet ist. Das Blatt bezeichnet sich als parteiloses Organ der öffentlichen Meinung und will für die Wiederherstellung des Friedens kämpfen. Die freie deutsche Soldatenzeitung „Die Trommel“ erscheint seit dem 1. November 1919 in Mitau. Das Blatt wird mit dem Untertitel „Kurländisches Nachrichtenblatt“ in bedeutend vergrößertem Umfange. Für die Unterhaltung der Truppen ist in Mitau

bestens gesorgt. Es finden Konzerte und Theateraufführungen statt. Speziell das „Deutsche Armeetheater, Mitau“ erfreut sich großer Beliebtheit unter den Truppen. Der Spielplan enthält nicht nur Schwanke, sondern auch Schauspiele. So werden Sachen von Angenruber, wie „Der Herr von Kirchfeld“, aufgeführt oder das Drama „Frühlingsopfer“ des kurländischen Dichters, Eduard Graf Kestlerling.

Durch Dekret des Oberbefehlshabers der russischen Westarmee, Oberst Fürst Amolow-Bermondt, sind zehn Millionen Mark neuen Geldes in Umlauf gesetzt worden. Dieses Geld der russischen Westarmee soll nach dem 1. April 1920 gegen deutsches oder russisches Geld eingelöst werden. Das „Bermondt-Geld“ wird durch das gesamte Heeresgut der Westarmee und durch die im besetzten Gebiet befindlichen Kronsgüter (die Güter, die dem ehemaligen russischen Staat gehörten) sichergestellt. Bezeichnend ist es, daß auch die lettische Bauernbevölkerung das „Bermondt-Geld“ gern entgegennimmt, während sie sich weigert, auch nur das geringste gegen Geldscheine der Ulmanisregierung zu verkaufen.

Ueber die militärische Lage ist folgendes zu sagen: Der Oktober endete mit kleinen Artilleriegefechten an der Düna und unbedeutenden Kämpfen an der Straße Mitau-Friedrichstadt, wobei der Gegner auf Daudewas zurückgeworfen wurde. Es ist möglich, daß die Letten an diesem Teile der Front zu neuen Angriffen vorgehen werden. Den Mannschaften der Eisernen Division, die sich bei der Einnahme von Lohensberg und den Kämpfen an der Düna besonders ausgezeichnet haben, sind eine Reihe von russischen Orden verliehen worden. Die Deutsche Legion, die hauptsächlich gegen die Esten bei Friedrichstadt gekämpft hat, wird in einem Armeebefehl des Obersten Amolow-Bermondt rühmend hervorgehoben. Auch hier sind eine Reihe von Mannschaften und Offizieren russische Orden verliehen worden. Führer der Eisernen Division ist bekanntlich Major Bischoff, während Kapitän zur See Siemert die Deutsche Legion befehligt.

Die Entente macht aus ihrem Haß gegen die russische Westarmee keinen Hehl. Unter dem Feuer englischer Schiffsgechichte hat bekanntlich der linke Flügel der Westarmee schwere Verluste erleiden müssen. Neuerdings betätigen sich Flugzeuge mit englischen und französischen Abzeichen offen auf lettischer Seite am Kampfe gegen die Westarmee.

Der lettische Ministerpräsident Ulmanis hat einen Aufruf an die Bevölkerung Kurlands gerichtet. Dieser Aufruf hat aber unter der von den Requisitionen der Ulmanisregierung erschöpften Bevölkerung keinen Eindruck gemacht. Herr Ulmanis ruft die Bevölkerung Kurlands auf, sich um das Sonnenbanner Lettlands zu scharen.

Das Friedensangebot der Sowjetrepublik.

Rom, 13. Nov. (WB.) Die „Tribuna“ veröffentlicht den vollen Wortlaut des Friedensangebotes der Sowjetrepublik an die Entente.

Das Hin- und Herwogen der Kämpfe.

Amsterdam, 13. Nov. (WB.) Die „Times“ melden aus Reval, daß Judentum die Bolschewisten in der Richtung auf Odow zurückgeschlagen und ansehnliche örtliche Erfolge errungen habe.

Amsterdam, 13. Nov. (WB.) Einer Timesmeldung aus Warschau zufolge macht die polnische Gegenoffensive zwischen Dwina und Beresina gute Fortschritte. Die Polen haben das ganze Gebiet wieder erobert, das die Bolschewisten ihnen vor drei Wochen abgenommen hatten. In Wolhynien stehen die polnischen Truppen von den Truppen Denikins nur noch 15 Meilen entfernt.

Der Friedensvertrag.

Der Verwalter Danzigs. London, 13. Nov. (WB.) Durch Beschluß der alliierten und assoziierten Mächte wurde Sir Dwer zum Verwalter Danzigs bis zur Ernennung des Kommissars durch den Völkerbund ernannt.

Lohnzahlung der Holzindustrie durch Lieferungen an die Entente.

Der Abgeordnete Duschke hat die nachstehende kurze Anfrage an die Regierung gerichtet: Es wird mir von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß seitens der Regierung Holzlieferungen in großen Mengen an die Entente abgekauft werden. Rabezu alle Sägewerke sind daher nicht in der Lage, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten, weil gerade die größten und leistungsfähigsten Werke bei dem Bezuge von Rundholz auf Vanholzwagen angewiesen sind. Die fortwährende Ablieferung von Vanholz-Straßenwagen muß daher zum Ruin der deutschen Sägewerkindustrie führen, abgesehen davon, daß durch diese Ablieferung die Wiederaufnahme der Bauindustrie so gut wie unmöglich gemacht wird. An der Regierung diese Tatsache bekannt und was gebietet sie dagegen zu tun?

Nus dem besetzten Gebiet.

Gegen eine Rheinische Republik. m. Frankfurt a. M., 13. Nov. (Vfr. Ber.) Neben der in recht eigenartigen Formen vor sich gehenden Unterwerfungssammlung für die Dortkischen Republik werden jetzt bekanntlich auch Unterschriften der Gegner dieser Gründung gesammelt. Im Kreise Wiesbaden sollen nach zuverlässiger Mitteilung bereits einige 100 000 Stimmen, in einer Anzahl Orten sämtlicher männlicher und weiblicher Stimmberechtigten, zu folgender Erklärung ausgedrückt worden sein: Wir sprechen uns gegen die Gründung einer Rheinischen Republik aus. Wir verlangen unter allen Umständen die Aufrechterhaltung der Sperrfrist gemäß der Verfassung des deutschen Reiches.

Die westliche Orientierung Deutschösterreichs.

wax, Wien, 11. November. Die Verhandlungen der Reparationskommission in Wien sind bisher ohne sichtbares Ergebnis geblieben. Die Wiener Bevölkerung, die durch die seinerzeitigen Versprechungen des französischen Botschafters Kizig, einiger Aeuherungen der „Temps“ und französischenfreundlicher Wiener Blätter in den Glauben veretzt worden war, daß die Reparationskommission nicht eine Erpressungs-, sondern eine Hilfskommission sei, ist dadurch natürlich bitter enttäuscht, nicht minder aber auch die Wiener Regierung. Auch sie glaubte, daß die Kommission nach Wien komme, nicht um zu nehmen, sondern um zu geben. Angesichts der dadurch bewirkten Verschlechterung der Stimmung in Wien gegenüber Frankreich hat man sich in Paris bereit, neue Versprechungen nach Wien gelangen zu lassen. Man meldete, daß Kizig von den besten Absichten gegenüber Wien erfüllt sei und nach seiner Rückkehr nach Paris sich mit dem General Raucière ins Einvernehmen setzen werde.

Inzwischen hatte Staatskanzler Dr. Renner in einer Versammlung eine Rede gehalten, in der er sich auch mit der Frage des Anschlusses an Deutschland beschäftigte. Bei aller Verschmontheit seiner Aeuherungen klang es indessen doch wie eine Drohung, wenn er sagte, daß die Massen den Anschluß stürmisch verlangen werden, wenn die Entente nicht helfe. Buntlich ließ die französische Regierung auch sofort durch ihre Berner berückigte Agentur erklären, daß Kizig Deutsch-Österreich nicht im Stich lassen, sondern als aufrichtiger Anhänger einer österreichisch-französischen Annäherung und in der Ueberzeugung, daß Frankreich allein Österreich retten könne, Wien als mitteleuropäische Hauptstadt und wirtschaftlich finanzielles Zentrum vor den Toren des Balkans erhalten wolle. — Das wachsende Vertrauen Dr. Renners und den neuen Versprechungen der französischen Regierung ein Zusammenhang besteht, und Dr. Renner durch seine Drohung auf Frankreich einen Druck ausüben will, geht daraus hervor, daß der Präsident der Nationalversammlung, Seih, auf dem sozialdemokratischen Parteitag die Drohung mit dem Anschlusse in bestimmter Form wiederholte.

Ob diese Taktik von Erfolg begleitet sein wird, bleibt abzuwarten. Bisher wurde dank ihr die deutsch-österreichische Regierung Schritt für Schritt von ihrer ursprünglichen Haltung in der Außenpolitik ab- und immer mehr in die Abhängigkeit von Frankreich hineingedrängt. Im Ubrigen kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß Frankreich, selbst wenn es Deutsch-Österreich beizubringen sollte, was nach den bisherigen, mit den Versprechungen Kizigs gemachten Erfahrungen billig zu bezweifeln ist, sich diese Hilfeleistung nicht nur finanziell, sondern auch politisch mit dem Verzicht Deutsch-Österreichs auf seine politische Selbständigkeit bezahlen lassen wird. Daß diese Hilfeleistung aber der programmatischen Ueberzeugung der Sozialdemokratie kaum entsprechen wird, darüber dürften Dr. Renner und Dr. Bauer sich heute bereits im Klaren sein, wenn sie auch den verständnisvollen Fehler noch nicht eingestehen wollen, der mit der Isolierung Deutsch-Österreichs gemacht worden ist, durch die das Land folgerichtig auf die Gnade Frankreichs, des sozial-reaktionärsten Staats, angewiesen wurde.

Der Kampf des Deuschtums.

Neue Hoffnungen der Deutschen in der Tschecho-Slowakei.

von deutsch-böhmischer Seite wird über die Lage des Deuschtums in der Tschecho-Slowakei folgendes berichtet: Die Deutschen in Nordböhmen und im Sudetenland haben jetzt wieder neue Hoffnungen gefaßt. Man ist sich zwar darüber klar, daß ein sehr günstiger Augenblick, die Lage der Deutschen zu verbessern, seinerzeit verpaßt worden ist, nämlich damals, als die tschechische Regierung die Notenabstempelung vornahm, doch ist die Unterlassung damit zu entschuldigen, daß die meisten deutschen Führer sich damals außerhalb des Landes befanden. Hätten die Deutschen sich gewiegert, ihre Banknoten abstempeln zu lassen, so wäre angesichts der großen Menge, die in deutschem Besitz waren, die Regierung in die größten Schwierigkeiten gekommen. Jetzt haben die Deutschen sich entschlossen, ihre Ziele auf parlamentarischem Wege zu erreichen. Früher oder später werden die Tschechen nicht um eine vom Volk zu wählende Nationalversammlung herumkommen. In diesem Parlament werden die Tschechen eine entscheidende Stimme besitzen. Wenn die nicht-tschechischen Nationalisten in wichtigen Dingen zusammen-schließen sich insbesondere die Slowaken enger an die Deutschen an, so ist die Regierung absolut nicht mehr in der Lage, so wie bisher zu wirtschaften, vielmehr wird sie Zugeständnisse aller Art, besonders in der Frage der Autonomie, machen müssen. Die einzige Partei, von der man befürchtet, daß sie diesem anti-tschechischen Block nicht rückhaltlos beitreten wird, ist die deutsche Sozialdemokratie, doch besteht auch innerhalb dieser Partei eine starke Strömung für die Erlämpfung der vollen nationalen Selbstverwaltung. Im übrigen herrscht bei den Deutschen das Bestreben, in die Heimat möglichst herbeizukommen, um dort im deutschen Sinne wirken zu können. Ferner legt man große Erwartungen auf die Lösung der Tschechenfrage. Die dortigen Deutschen sollen für Tschechoslowaken stimmen, und zwar aus folgenden Gründen: Sie erwarten dafür Konzessionen von den Tschechen und vermehren das deutsche Element in der Tschecho-Slowakei.

Die Regierung tritt gegenwärtig im allgemeinen die Deutschen zurückkommender entgegen. Als Beispiel dafür möchte ich anführen, daß in Trautenau den deutschen Sportvereinen zwei Spielfläche zur Verfügung stehen, von denen ihnen einer weggenommen werden soll, womit sich die Deutschen schon vertraut gemacht hatten. Statt dessen kam neulich ein überaus höflicher Brief vom Landesverwaltungsamt, in dem um Ueberlassung eines Platzes für die Nationalfeier gebeten wurde. Bei einer Versammlung des Nationalistenblocks in Trautenau (sämtliche deutsche Parteien außer Sozialdemokraten) erklärte der Obmann: „Wir alle

„Schauen auf Deutschland!“ Gegen diese Aeußerung protestierte der anwesende tschechische Beamte, während früher daraufhin die Versammlung sofort aufgelöst worden wäre.

Calisthedens Haltung deutscher Zeitungen in Kongresspolen und Polen.

Die in Lodz erscheinende deutsche Tageszeitung „Freie Presse“, die im November des vergangenen Jahres kurz nach dem Umschwung der politischen Verhältnisse am Ziele der beschlagene „Deutschen Arbeiter Zeitung“ als ein Blatt der hohenzollernischen Deutschen in Kongresspolen zu erscheinen begann und in zäher Entwicklung es auf 6000 Bezüher und einen holländischen Anzeigenteil brachte, ist wie dem Verein für das Deutschtum im Ausland unlängst mitgeteilt wurde, wegen ihres entschiedenen Eintretens für die Rechte der deutschen Volksteile von den polnischen Behörden zeitweilig unterdrückt worden. Bis zu ihrer Freigabe erscheint nun unter Äußerheit des deutschen Abgeordneten im polnischen Reichstag, O. Frieze, die Tageszeitung „Neue Presse“.

Von den deutschen Zeitungen in dem gewaltsam vom Reich getrennten Polen ist es vor allem das „Salzener Tageblatt“, das unentwegt für die Stärkung des dortigen Deutschtums eintritt. In einem unlängst erschienenen Beilagenheft schreibt es folgendes: „Wir Deutschen im Ausland“, losgelöst vom Vaterland, genötigt um unseres Lebens Hoffnung und Ziel, fühlen und denken mit den Brüdern im Reich; wir müssen und werden an unserem Teil mitwirken daran, daß der deutsche Name wieder zu Ehren komme, daß deutsches Wort und deutsche Arbeit wieder geachtet werde. Wir können es nur tun, indem wir unbeschadet unserer Pflichten gegen den Staat, dessen Bürger wir geworden sind, an alles, was uns obliegt, mit der Frage herantreten: was kommt uns als Deutschen? Vorbereitung dafür, daß wir uns zu diesem Standpunkt durchringen, ist die Befestigung aller Scharnen, die uns bisher getrennt haben. Wir dürfen und werden nicht mehr als „Demokraten“ oder als „Deutschfunktionäre“ angesehen werden und werden an unsere politische, kulturelle und wirtschaftliche Arbeit nicht mehr zuerst und ganz gewiß nicht ausschließlich herangehen mit der Frage, was unsere „demokratische“, unsere „deutschfunktionäre“, unsere „evangelische“ oder „katholische“ Ueberzeugung zu tun einfließt, sondern wir müssen an die Spitze des Denkens und Fühlens, das unsere wie immer geartete Betätigung leitet, den Gedanken stellen, daß wir Deutsche sind. Wir haben das Beispiel vor Augen, das uns die Polen gegeben haben. Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieses Zusammenschlusses hat sich schon stark durchgesetzt; sie muß allen Deutschen in Polen Gemeingut werden.“ Man möchte diesen Worten nur hinzufügen, daß diese Ueberzeugung Gemeingut aller Grenz- und Auslandsdeutschen Abergang werden müßte!

Deutsches Reich.

Demokratische Partei und Deutsche Volkspartei.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Mainz hat die Deutsche Volkspartei ihre Stimmen gegenüber dem 18. Januar von 2500 auf 4200 erhöht, die Demokratische Partei erhielt 8900 gegenüber nordem 12200 Stimmen.

Die Studentengruppe der Demokratischen Partei in Rostock löste sich auf. Der bisherige Vorsitzende trat zur Deutschen Volkspartei über.

Vollwehre nicht Reichswehr.

m. Köln, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Die Köln. N. meldet aus Berlin: Mit Erlaubnis der Regierung wird folgendes Flugblatt verbreitet: „Die Reichswehr ist aufzulösen und durch eine Volkswehr zu ersetzen, die durch organischen Aufbau eine Gewähr dafür bietet, daß sie nicht zu einem Instrument gegenrevolutionärer Hege gemacht werden kann. Ihre Angehörigen sollen von aller Regierungsdienstlichkeit freigestellt werden und müssen bei der Wahl der Führer ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht haben. Sie sind besonders in den Reihen der organisierten Arbeiter zu werben. Der militärische Geist ist überall zu bekämpfen.“ Als Herausgeber des Flugblattes zeichnete die Zentralstelle für Einigkeit der Sozialdemokratie, der, wie aus dem Firmenstempel ersichtlich ist, außer Unabhängigen auch Mitglieder der Sozialdemokratie angehören.

Scharfe Verwahrung gegen Erzbergers Finanzpläne.

München, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) In der bayrischen Staats-Zeitung wendet sich der Syndikus des bayerischen Städtebundes, Bürgermeister F. W. K. auf scharfe gegen die Finanzpläne Erzbergers und erklärt, die Städte, Landgemeinden, Bezirks- und Kreisgemeinden müßten geschlossen Protest machen gegen

die Vergeblungspolize Erzbergers und zwar nicht nur in Bayern, sondern im ganzen Reich. Kurz ruft: „Bayern wache auf, es geht um Ganze“.

Uferuntersuchung an Arbeiter, Handwerker und kleine Landwirte.
Dessau, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Seit dem Tage der Revolution bis heute sind in Anhalt insgesamt 10 000 Morgen Acker von Großgrundbesitzern abgetrennt und an Arbeiter, meist Rüstbergleute, Handwerker und kleine Landwirte durch den Staat verkauft worden. Es wurden vergeben an Arbeiter bis zu 2 Morgen, an Handwerker und kleine Gewerbetreibende, soweit diese in ihrem Berufe eine Existenzmöglichkeit nicht haben, bis zu 4 Morgen Acker und an kleine Landwirte, die nicht genügend Acker zur Rentabilität haben, bis zu 30 Morgen Acker.

Tranzerfeier für Haase.

Berlin, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Die Reichsfeier von Hugo Haase, d. h. die Ueberführung der Asche von Berlin nach Friedrichsruhe, gab heute Vormittag Anlaß zu einer Tranzergegend, bei dem die Gastation die Hauptrolle und die Krauer durchaus die Nebenrolle war. In der Tranzerfeier im Saale des Reichstages war die Oeffentlichkeit nicht zugelassen. Die Teilnehmerzahl beschränkte sich auf die Deputierten. Deswegen hatte sich aber draußen auf dem Königsplatz und den anliegenden Straßen ein Zug angeammelt, der sich unter reichlicher Verwendung von roten Sinnbildern um 12 Uhr in Bewegung setzte. An der Tranzerfeier nahm auch der deutsch-österreichische Gesandte Dado Hartmann teil.

Baden.

Die Verforgung der Beamten bei Dienstkunfällen.

St. Karlsruhe, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Das Staatsministerium hat beschlossen, von der Befugnis des § 72 Abs. 2 des Beamtengesetzes unter Anrechnung der Teuerungsgulagen und Teuerungsbeträgen in weitestgehendem Umfang Gebrauch zu machen, wenn ein Beamter durch einen Angriff verunglückt sollte.

Italien.

Wahlberechtigung der Demobilisierten.

Rom, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Ein Dekret ermächtigt die Demobilisierten, die auf den Wählzettel nicht eingetragen sind, an den Wahlen vom 16. November teilzunehmen.

Tifflin wieder in Rom.

Rom, 13. Nov. Wie die Blätter erfahren, wurde Titoni auf seiner Reise in San Rossore vom König empfangen. Er ist nunmehr in Rom eingetroffen.

Frankreich.

Rücktritt des Ausschusses des Seine-Departements.

Paris, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) „La Presse de Paris“ zeigt an, daß der ausführende Ausschuss des Seine-Departements in seiner Sitzung am Montagabend beschlossen hat, zurückzutreten. Der Ausschuss beschloß, am 14. November einen neuen Zentralausschuss einzuberufen, dem er gleichzeitig mit seinem Rücktritt die Gründe desselben überreichen will.

Großbritannien.

Poincaré in London.

London, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Lord Curzon, der wieder dem Bankett zu Ehren Poincarés nach dessen Abreise nach Glasgow brisante, stattete am 12. November dem Präsidenten einen Besuch ab, bei welcher Gelegenheit sich beide längere Zeit unterhielten. Dieser Unterredung wird große Bedeutung beigemessen.

Amerika.

Internationale Arbeiterkonferenz.

Bern, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Wie Mailänder Blätter melden, wurde der Oberste Rat der Arbeiter durch ein Telegramm des amerikanischen Arbeitsministers gemacht, daß die Abwesenheit der deutschen und österreichischen Vertreter von der internationalen Arbeiterkonferenz in Washington der Konferenz jede Wirksamkeit zu nehmen drohe. Der Minister besah darauf, daß die Arbeiter sich für die möglichst schnelle Ankunft der noch fehlenden Abgeordneten vermindert.

Die Verlehrsperre.

Aufhebung der Verlehrsperre am 18. November.
Berlin, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Aus dem preussischen Eisenbahnministerium erfahren wir, daß die Verlehrsperre am 18. November abends aufgehoben wird. Die Auffassung, daß der Eisenbahnverkehr wieder in vollem Umfang aufgenommen wird, ist richtig. Der Personenverkehr wird mit den gleichen Verlehrsbeschränkungen wieder aufgenommen wie vor der Verlehrsperre bestanden haben.

Letzte Meldungen.

Nachforschungen nach Kriegsgefangenen.

Berlin, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Angehörige von deutschen Kriegsgefangenen, die aus amerikanischer, italienischer und belgischer Gefangenschaft noch nicht zurückgeführt sind, werden aber mit Bestimmtheit angenommen wird, daß sie noch am Leben und nicht freiwillig in den feindlichen Staaten verblieben sind, werden gebeten, folgende Angaben an das Kriegsministerium (Abteilung U. 7/5 C.) Berlin, Schützenstr. 63, zu überbringen, damit Nachforschungen angestellt werden können: Personalien, Regiment, Datum der Gefangenschaft, Aufenthalt und letzte Nachricht.

Gründungsversammlung der Deutschen Gewerkschaften München.
München, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Unter Teilnahme der hiesigen Gewerkschaften der Handwerkskammer, der Gewerkschaften, des Gewerkschaftsvereins, der Gewerkschaften, der Staatsregierung und Stadtverwaltung fand gestern in München die Gründungsversammlung der „Deutschen Gewerkschaften“ statt. Die zu der Bildung eines einheitlichen Arbeiterbundes führte und einen entsprechenden Ausschuss wählte, wie alle maßgebenden Kreise an der Arbeit auf eine Ueberwindung unserer einheimischen Wirtschaften festhalten.

Verhaftung des Kommunistenführers Wiedemann.
München, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Unter Teilnahme der hiesigen Gewerkschaften wurde Wiedemann wegen seiner kommunistischen Unterredungen verhaftet. Er wird auch seit dem von der Münchener Staatsanwaltschaft wegen Verstoßes gegen die kommunalistischen Statuten verhaftet. Wiedemann führte seine Verhaftung bei sich.

Die Post in Konstantinopel.
Istanbul, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Der „Kölnischen Zeitung“ wird von der schweizerischen Grenze gemeldet, daß das internationale Postamt des Roten Kreuzes in Genf durch ein Telegramm vom 9. November unterrichtet wurde, daß in Konstantinopel die Post unterbrochen ist.

Abreise deutscher Delegationen nach Paris und Washington.
Berlin, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Die von dem Reichsamt für die Angelegenheiten der Presse angeordnete Abreise einer deutschen Delegation nach Paris unter Führung des Geheimrats Grafen v. Helldorf findet Ende dieser Woche statt. Auch die deutsche Delegation zum internationalen Arbeiterkongress geht Ende dieser Woche nach Washington.

Die Reichsregierung.
Berlin, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) In Berlin wird berichtet, daß eine Ueberlegung der Reichsregierung über die Bedeutung von Arbeit und Ruhe, die vor allem für die Arbeiter in der Industrie im Vordergrund steht, im Gange ist. Die Reichsregierung hat sich für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise durch die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit interessiert. Die Reichsregierung wird in der nächsten Zeit einen Bericht über die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit abgeben. Die Reichsregierung wird in der nächsten Zeit einen Bericht über die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit abgeben.

Die Reichsregierung.
Berlin, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) Die Reichsregierung wird in der nächsten Zeit einen Bericht über die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit abgeben. Die Reichsregierung wird in der nächsten Zeit einen Bericht über die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit abgeben.

Konstantinopel.
Istanbul, 13. Nov. (Eig. Drahtber.) In einem hiesigen Geschoß wurde ein unbekannter Mann mit einem Revolver in der Hand erschossen. Die Polizei sucht den Mörder.

Meister Jakob und seine Kinder.

Roman von Adam Müller-Guttenbrunn.
(Schlußband verboten.)

(Fortsetzung.)
Auch der Pfarrer von Rosenthal, der Herr Dechant Jakob Schub, hatte zwei Gäste bekommen. Er erbat sich immer Ausflüge zur Kirchweih, ein Hochamt mit Messen machte sich viel feierlicher. Freilich wußte der Pfarrer, daß der Schwerpunkt des Festes, trotz seines Namens, außerhalb der Kirche lag, daß es ein weltliches geworden, aber er ließ sich seinen Anteil daran nicht schmälern. Der Tag der Kreuzerhöhung war ja ein unerschöpfliches Sinnbild für Predigten, er konnte jedes Jahr etwas anderes sagen, ohne sich merklich zu wiederholen. Die Aufrichtung des Kreuzes für die Menschheit; die Wiederaufrichtung desselben in diesem ehemals türkischen Lande und in der Gemeinde; die erste Erhöhung des Kreuzes mit dem Heiland, der für uns alle gelitten hat und am Kreuz gestorben ist; die Erstärkung des Glaubens nach ständhaften Zeiten, nach Krieg und Revolution, auch die Rückkehr jedes reuligen Sünders zu Gott, das alles hatte seine Beziehungen zum Tag der Kreuzerhöhung im Geiste. Und er domierte es vor der Gemeinde zu und der Jugend, daß eine Kirchweih, die von den Altordern mit Vorbedacht auf diesen Tag verlegt wurde, bei guten Christen ganz besonders stimmungsgeladener werden müßte. Er sagte es seinen Beichtkindern beinahe jedes Jahr. Und er mußte am besten wissen, wie nötig das war. „Erhöht das Kreuz in euch und ihr werdet auch manche Reue, manches Leid ersparen.“ Das war auch heute der Inhalt seiner Predigt, die er schon am Tage vorher ausgearbeitet hatte, ehe seine lieben Gäste kamen.
Es war ein geistlicher und ein weltlicher Gast. Der geistliche, Jakob Schubs einziger Seminarerzögling Johann Kowal aus Temeschwar, jetzt Pfarrer von Bogarofsch, war ihm ein lieber Freund geworden für das Leben und sie wechselten manchen Brief im Laufe der Jahre. Aber nur selten besuchten sie sich, ihre Gemeinden lagen zu weit auseinander. Und so war die Freude doppelt, als der Freund und Amtsbruder sich bereit erklärte, zur Kirchweih zu kommen. Der zweite war ein Keffe Schubs, Hörer der Philosophie, der seine Ferien ganz gern zu einer Kirchweihfahrt zum Oheim benutzte. Er wollte Professor werden und studierte an der wieder deutsch gewordenen Hochschule in Pest Philosophie.
Als die drei Herren am Abend vor dem Fest nach Tisch beisammen saßen, und ihre Weisen glänzten, wurden natürlich die Bundesangelegenheiten besprochen. Der Inhalt vom Großen Märchenraum drang nur gedämpft bis zu ihnen, erst als die

Rufst am Pfarrhaus vorbeizog mit dem Vortänzer, gefolgt von der ganzen Dorjugend, iraten sie ans offene Fenster. „Wasat Kowal!“ rief der Christof dem Pfarrer zu.
„Du hast eine fröhliche Gemeinde, lieber Amtsbruder,“ sagte Kowal. „Ich freu' mich schon auf den morgigen Tag. Man scheint hier noch etwas auf alte deutsche Bräuche zu halten.“
„Ja, es ist eine tüchtige Gemeinde,“ erwiderte Schub. „Aber sie arten zur Kirchweih immer aus. Es wird zu viel getrunken, es entstehen Freireißen und auch sonst wäre manches anzumerken. . . Keine Kirchweihpredigt ist immer eine Strafpredigt. Aber es nützt nichts.“
Pfarrer Kowal, der voll Behagen den Rauch aus seiner langen Pfeife sog und wieder ins Zimmer zurückgetreten war, lachte kurz auf. „Das kenne ich. Ich hab' mir die Moralpredigten bald abgewöhnt. Dieses gesunde, schwer arbeitende Volk will auch leben, es will an seinen Festtagen lachen und tanzen und lieben. Die Kirche darf da nicht immer drohend den Finger erheben und sagen, das wäre nicht erlaubt. Es ist besser, man freut sich mit den Fröhlichen.“
„Verstehst du da nicht den Respekt vor dem Pfarrer?“ fragte Schub.
„Im Gegenteile. Meine Schwaben hängen gerade deshalb an mir, weil ich mit ihnen lebe wie ein Weibchen. Am Sonntag nach der Besper, mache ich immer meine Landpartie im Wirtshaus mit dem Pfarrer und den Geschworenen, und da reden wir dann ein Stündchen von allem, was in der Welt vorgeht. Dafür sind sie mir dankbarer als für jede Predigt. Sie kommen mit allem, was sie brüht, zu mir.“
„Man hat schon gehört davon, hochwürden,“ sagte der Philosoph Michel Schub. „Der Pfarrer Kowal ist der Führer seiner Gemeinde.“
„Wer redet aber nicht?“ sprach der Pfarrer und seine blauen Augen blinzelten fragend. „Wer weiß überhaupt etwas von uns in Bogarofsch?“
„Aber hochwürden! Glauben Sie denn, die große Eingabe an den jungen Kaiser aus dem Banat sei unbekannt geblieben? Und sie war von Bogarofsch datiert. Sogar die Zeitungen in Wien haben davon geredet.“
„Ja, ja, ich habe auch so etwas gelesen,“ warf der Pfarrer von Rosenthal ein.
„Aber wer weiß denn, daß ich etwas damit zu tun habe?“ erregte Kowal und sein blondes Gesicht nahm einen lächelnd-verstimmten Ausdruck an. „Mein Name steht nicht darunter.“
„Aber man vermittel allgemein,“ sagte der Student, „daß Guter Hochwürden die Eingabe verfaßt haben, die von so

viele deutschen Gemeindevorsteher und Geschworenen unterschrieben war und im Namen des ganzen Schwabentums im Banat das Wort führte.“
„So, so . . . Hat man es also doch ausgeplündert?“
„Run, ich will es nicht leugnen, daß ich die Feder geführt habe. Aber ich drückte nur aus, was die deutschen Bauern in Banat wollten. Wir grenzen dort an die Serben, wie Sie hier an die Walsachen. Und als nach dem Zusammenbruch der ungarischen Revolution alle Nationalitäten ihren Lohn forderten und sich selber verwalten wollten, da kamen meine Bauern voll schweren Sorgen zu mir und fragten mich um Rat. Sie wollten wissen, was denn mit ihnen geschehen werde. Man hatte ihnen während der Revolution drohend gesagt, sie müßten Rajaren werden. Da sie jetzt am Ende serbisch oder walachisch werden? Da zählte ich ihnen, wie das kleine Volk der Sachfen in Siebenbürgen deutsch geblieben sei durch Jahrhunderte, unter fremden Völkern. Sie regieren sich selbst, seien sie Landtag ein besorgter Stand, haben ihren eigenen Schwabenschatz und niemand dürfe in ihre Angelegenheiten berühren. Das sollten die Schwaben im Banat eben auch zu tun suchen, sie seien ihrer viel mehr als die Sachfen.“
„Aber wohnen die Schwaben nicht viel zerstreut im Lande als die Sachfen, die eigene Städte haben?“ fragte Pfarrer Schub.
„Keine Idee! Die Schwaben wohnen in den meisten Orten dichter zusammen als jene . . . Also, meine Schwaben waren begeistert. Das gibt es in Ungarn? fragten sie. Sie wollten damit im Lande umherfahren und viele Depositionen unterschreiben sammeln. Und dann sollte eine Deputation nach Wien fahren und das Gesuch dem Kaiser überreichen. Und was blieb mir übrig? Ich machte die Eingabe. Und ich hörte, was man in Wien für eilige Pläne hatte, trübte ich zur Eile. So wurde die Werbung abgebrochen als schon eine größere Zahl von deutschen Gemeinden unterschrieben hatte, und fünf Dorfrichter fuhren nach Wien.“
„Und sie sind vom Kaiser empfangen worden?“ fragte Schub.
„Seine Majestät waren nicht anwesend. Aber der Fürst Schwarzenberg empfing sie, und er dankte ihnen, daß sie gekommen waren. So ein Lebenszeichen der Deutschen im Banat sei der Regierung wertvoll, sagte er ihnen.“
„Es ist doch schön, so ins Weite zu wirken mit einem danken,“ sagte der Dechant Schub sinnend. „Der weiß, was das noch einmal für Früchte trägt.“

(Fortsetzung folgt)

